

5. Strommangellage nicht verschärfen, Ölheizungsverbot sistieren

Postulat Christian Lucek (SVP, Dänikon), Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg), Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen) vom 29. August 2022
KR-Nr. 292/2022, Antrag auf Dringlichkeit

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Rat hat heute über die Dringlichkeit des Postulates zu entscheiden. Die Redezeit zur Dringlichkeit beträgt zwei Minuten.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Aufgrund der bevorstehenden Strommangellage ruft der grüne Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*) zum Stromsparen auf und arbeitet gleichzeitig an konkreten Massnahmen, um den Blackout im Winter zu verhindern. Gleichzeitig tritt das neue Energiegesetz in Kraft, welches den Stromverbrauch erhöhen wird. Es liegt auf der Hand, wir müssen deshalb dringend über dessen Sistierung debattieren. Ich danke für Ihre Unterstützung.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich): Es geht heute nur um die Dringlichkeit, und die Dringlichkeit auf Diskussion unterstützt die FDP. Eines vorweg: Die FDP hat Ja gesagt zum Energiegesetz, wir stellen es nicht infrage und nicht zur Disposition. Im April aber, bei der Genehmigung der BBV (*Besondere Bauverordnung*) haben wir uns enthalten mit genau dieser Begründung, die heute aktueller ist denn je: Das Fachpersonal fehlt, es herrschen noch verschärfte Engpässe in der Branche als im April. Man kann behaupten: Sechs Monate später ist die Situation noch dramatischer. Innert nützlicher Frist ist kein Material, sind keine Wärmepumpen erhältlich und die Strompreise kennen nur eine Richtung: nach oben.

Die Inkraftsetzung des Energiegesetzes per 1. September 2022 war sportlich. Viele Immobilienbesitzer haben in der Zwischenzeit grosse Probleme. Die Heizung muss ersetzt werden, Wärmepumpen sind nicht erhältlich, Reparaturen sind aufgrund des geltenden Energiegesetzes nicht mehr möglich. Was ist die Alternative? Elektrische Notheizungen wollen wir alle nicht.

Was empfiehlt der Regierungsrat den Immobilienbesitzern? Die FDP hat frühzeitig darauf aufmerksam gemacht, wir haben am 11. Juli 2022 die Anfrage 264/2022 eingereicht und warten auf die Antworten. Wir wollen wissen, ob der Regierungsrat bereit ist, im Falle einer Strommangellage die Umsetzung kurzfristig auszusetzen und wie die Gemeinden unterstützt werden können. Das Postulat heute verlangt die gleichen Antworten und deshalb unterstützen wir die Dringlichkeit. Wir möchten aber nicht, dass es an den ungewissen Ausgang der Stromversorgungslage geknüpft wird, sondern wir wollen Rechtssicherheit, dass es beispielsweise für eine Heizperiode allenfalls befristet sistiert werden kann. Besten Dank.

Franziska Barmettler (GLP, Zürich): Die drohende Energiemangellage kann durchaus Grund dafür sein, gewisse Themen dringlich zu behandeln. Der Gradmesser sollte aber sein, wie wichtig diese Massnahme ist, um besser durch den

allfälligen Energieengpass zu kommen, und was diese Massnahme dazu beiträgt, unsere Energiestrategie langfristig nachhaltiger und risikoarmer zu gestalten. Zuerst zum Einsparpotenzial der Massnahme, die die SVP hier vorschlägt: Sie haben ja nichts dazu gesagt, also musste ich selber kurz vorrechnen. Wir haben bekanntlich im Kanton Zürich etwa 120'000 Öl- und Gasheizungen. Wenn wir annehmen, dass etwa 2 Prozent davon unerwartet ausfallen, was eher viel ist, und wir dann annehmen würden, was die SVP sagt, dass die durch einen Hot Boy (*mobile Elektroheizung*) oder etwas Ähnliches ersetzt würden, um den Notfall zu bewältigen, dann würden wir etwa bei einem Stromverbrauch von 0,23 Prozent landen im Kanton Zürich – wenn überhaupt –, also einem sehr tiefen Beitrag an unsere Stromversorgung. Und wenn wir dann, zweitens, noch schauen, was dies dazu beiträgt, die Energiekrise längerfristig zu bewältigen und die Abhängigkeit zu verringern, dann sehen wir, dass das überhaupt nichts dazu beiträgt. Denn die Abhängigkeit würde weiter erhöht und auch für unser Klima wäre das eine Katastrophe. Denn wir würden diesen ganzen Winter lang neue Ölheizungen, CO₂-Schleudern installieren, die dann über 20 Jahre lang wieder unser Klima verschlechtern. Also wieso sollen wir eine Massnahme für dringlich erklären, die punkto Klima und Versorgungssicherheit schlechter ist und zur Lösung der Energiemangellage eigentlich nichts beiträgt. Wir unterstützen diese Dringlichkeit nicht.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Wir beraten heute nur die Dringlichkeit, deshalb spreche ich auch nur zu dieser. Wenn Sie dieses Postulat unterstützen wollen, weil sie die Strommangellage bekämpfen wollen, dann sollten Sie es nicht als normales Postulat, sondern als dringliches Postulat überweisen. Soweit haben die Unterzeichner des Postulates schon recht.

Alles andere an diesem Postulat ist dann aber schon harter «Tobak» und ein wahrer «Gugus». Deshalb ist es unser Meinung überhaupt nicht zu überweisen, als dringliches Postulat nicht, aber auch als normales Postulat nicht. Von der SP gibt es deshalb für die Dringlichkeit keine Stimmen.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Um eine Dringlichkeit beurteilen zu können, ist auch ein kurzer inhaltlicher Exkurs nötig. Dass wir eine Energiekrise haben, ist ebenso Fakt wie die Klimakrise. Und auch wenn wir nun Kompromisse betreffend Dekarbonisierung eingehen müssen, braucht es ein Abwägen, wie hoch der Preis für solch einen Kompromiss sein darf. Das vorliegende Postulat lässt diese nüchterne Abwägung schmerzlich vermissen, denn neue Öl- und Gasheizungen laufen wieder rund 20 bis 25 Jahre und verlangsamen den Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter massiv. Abgesehen davon brauchen auch solche Heizungen Strom zu deren Betrieb. Dass die Lieferfristen für Wärmepumpen aktuell bis zu einem Jahr betragen können und Notheizungen, eben zum Beispiel Hot Boys, Energie fressen ist unbestritten. Bei Letzteren gibt es aber neben strombetriebenen Anlagen auch solche, die mit Öl oder Pellets funktionieren. Das ist zwar nicht ganz billig, ist aber für die Überbrückung eines einzigen Winters besser vertretbar, als wieder im grossen Stil fossile Heizungen einzubauen.

Das Volk hat entschieden, dass es das nicht mehr will, Öl und Gas verbrennen, und so einen Volksentscheid jetzt mit Füßen zu treten, ist ebenso wenig angezeigt, wie mit Panikmache parteipolitisch ungeliebte Gesetzesänderungen rückgängig machen zu wollen. Zur Vorbereitung auf den Winter mit vereinzelt Heizkesselausfällen sind hitzköpfige Vorschläge darum nicht brauchbar. Die einzige Dringlichkeit, die wir jetzt haben, ist jene nach kühlen Köpfen mit starken Nerven. Dieses Postulat hat den schalen Beigeschmack von schlechten Verlierern und gehört in den Papierkorb, weshalb auch keine Dringlichkeit gegeben ist.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Uns droht eine Strommangellage, aber die rechten Fraktionen in diesem Rat haben nichts anderes im Sinn, als die Liste der Scheingefechte, die sie in diesem Zusammenhang austragen, zu verlängern. Wir müssen über AKW reden in diesem Zusammenhang, obwohl neue AKW frühestens in 30 Jahren eine Kilowattstunde Strom liefern könnten. Wir müssen über die angeblich gescheiterte Energiestrategie reden, obwohl wir mit der Umsetzung noch gar nicht begonnen haben. Wir müssen über die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts reden, obwohl wir wissen, dass die meisten Wasserkraftprojekte in der Schweiz in den letzten Jahren nicht gebaut worden sind, weil sie aufgrund der tiefen Strompreise nicht rentiert haben. Jetzt rentieren sie. Mit Ihrem nächsten Vorschlag, nämlich der Sistierung oder der Sistierung von Teilen des Energiegesetzes, können Sie – das haben wir nachgerechnet – maximal 1 Promille des Stromverbrauchs im Kanton Zürich einsparen. Auch nachgerechnet verbrauchen Wärmepumpen und Elektroautos zusammen zurzeit in der Schweiz genau gleich viel Strom wie Elektroheizungen. Wenn Sie also wirklich etwas tun möchten gegen die Strommangellage, dann schauen Sie doch, dass die Elektroheizungen schneller ausgebaut werden. Ein Gesetz, das in Kraft getreten ist, kann man sowieso nicht sistieren. Das ist verfassungswidrig, das ist gar nicht möglich. Auch der Regierung steht diese Kompetenz nicht zu, und ich frage mich eigentlich, warum Sie als Kantonsrat und Parlament eine solche Kompetenz überhaupt an die Regierung delegieren möchten. Ich als Kantonsrat möchte das nicht. Wir lehnen dieses Postulat selbstverständlich ab und auch die Dringlichkeit.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Wir haben hier ein Postulat, das dringlich erklärt werden soll. Wir sehen darin schlichtweg keine wirksame Massnahme, um das kurzfristig das Problem der Strommangellage zu bekämpfen. Vielmehr haben Sie hier offenbar Ihr Parteibüchlein in Sachen Energiepolitik hervorgehoben und wollen alles nochmals neu diskutieren, was bereits längst abgeschlossen ist. Und zu diesem Abschluss gehört auch, dass wir hier ein Gesetz haben, und Gesetze – wir haben es zuvor schon gehört – kann man nicht sistieren. Was Sie hier wollen, ist also gar nicht möglich. Zudem steht es für uns auch politisch ausser Frage, dass man ein Problem nicht mit einem anderen bekämpfen sollte. Die AL lehnt daher das Postulat als auch die jetzt zur Diskussion stehende Dringlichkeit klar ab.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ich bin doch ein bisschen erstaunt über die Voten, die wir gehört haben von Frau Barmettler, Herrn Sommer und jetzt

auch vom AL-Sprecher. Wir sprechen grundsätzlich über die Dringlichkeit heute. Man kann ja inhaltlich geteilter Meinung sein, aber das heisst ja eigentlich, dass Sie die Dringlichkeit sowieso unterstützen müssen, damit Sie es nachher ablehnen können. Aber Ihre Argumente waren ja völlig dagegen. Sie haben eigentlich alle dafür gesprochen, dass wir die Dringlichkeit anschauen müssen.

Und noch so viel: Wenn wir von der Energiestrategie reden, Herr Forrer, dann ist es eben tatsächlich so, dass diese gescheitert. Und wenn Sie das Postulat anschauen: Das müssen wir jetzt eben nochmals besprechen, das müssen wir jetzt behandeln. Und nein, es ist nicht verfassungswidrig. Der Regierungsrat kann das eben und deshalb ist das ja die Forderung, der Inhalt des Postulates. Und wenn wir darüber entscheiden sollen, dann müssen wir das dringend tun und nicht erst in einem halben Jahr. Und geschätzter Herr Forrer, Ihre Berechnung stimmt dann tatsächlich nicht, denn was passiert? Es werden Elektrodirektheizungen ersetzt, und dann geht Ihre Rechnung nicht auf. Dann brauchen wir extrem viel mehr Strom, als Sie berechnet haben. Das wird die Tatsache sein, und ich bin gespannt, wie Sie dann das lösen wollen. Aber ich halte mich zurück und spreche zur Dringlichkeit, und dringlich ist es allemal, dass wir das bald diskutieren, ob wir das überweisen oder nicht.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht): Geschätzte Kaltduscher, ja, Thomas Forrer, seid doch ehrlich und sagt «wir wollen kalt duschen». Das ist nämlich genau das, um was es hier geht. Es kann es doch nicht sein, wenn man über die Dringlichkeit hier spricht, zu sagen, die Energiestrategie sei richtig, die jetzt gefahren wird, et cetera. Nein, sie ist nicht richtig, wie sie jetzt gefahren wird. Der Regierungsrat kann eingreifen. Der Regierungsrat kann mittels Verordnung jetzt hinstehen und sagen: Diese Verlängerung der Ölheizungen für sechs oder zwölf Monate lassen wir zu, und das macht auch Sinn. Weiter. Thomas Forrer, ich erinnere mich an einen Besuch in einem Altersheim vor ein paar Jahren in deinem und meinem Bezirk, da war eine grosse Baugrube. Ich fragte dann: Was passiert da? «Ja, wir reissen unseren Öltank raus», war die Antwort. Und wie wird dann geheizt? «Ja, mit Gas.»

Anstatt, Thomas Forrer, jetzt mal zu schauen, wie unsere Schwächsten, wie unsere Schwächsten – in deinem Bezirk auch – den Winter durchstehen, wenn es zu wenig Gas gibt oder kein Gas gibt, wird hier wieder Politik gemacht und wird hier wieder ideologisch diskutiert. Nein, Nein und nochmals Nein zu dieser Kaltduscher-Politik.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Wir können uns nun ausführlich in Schuldzuweisungen auflösen: Wer ist schuld an der ganzen Misere? Wir können als Kantonsrat sagen: Da ist der Bund schuld, da ist der Bundesrat schuld, da ist die Energiestrategie schuld, alles klar. Da sind auch die Bidenschen Boykottmassnahmen (*Joe Biden, US-amerikanischer Präsident*) schuld, die wir als Schweiz auch noch von der EU mit übernommen haben. Es ist nicht Putins (*Wladimir Putin, Präsident der Russischen Föderation*), es ist Bidens Gaskrieg. Aber wie auch immer, das hilft uns nicht weiter. Das können wir in fünf Jahren noch machen. Wesentlich

ist, dass wir jetzt von der Regierung erfahren, was wir für Massnahmen ergreifen können. Deshalb ist die Dringlichkeit eindeutig gegeben. Was sollen wir mit diesem Postulat, wenn es im nächsten Frühjahr behandelt wird, wenn die ersten Blackouts schon durch sind? Ich bin klar für die Dringlichkeit und auch für die Gutheissung des Postulates. Danke.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Ich möchte daran erinnern: Wir sprechen nur zur Dringlichkeit.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) spricht zum zweiten Mal: Ich bin angesprochen worden, und es ist so: Wir sehen keine Dringlichkeit für ein Scheingefecht. Wenn Sie tatsächlich Lösungen hätten auf der rechten Ratsseite, dann würden Sie auch Lösungen vorschlagen. Das hier ist aber keine Lösung. Die fünf Heizungen, die vielleicht mit einem Notaggregat überbrückt werden müssen, weil sie nicht ersetzt werden können, die hätten wir auch ohne Strommangellage. Und der Stromverbrauch dieser Notaggregate schlägt tatsächlich nicht zu Buche. Was Sie hier machen, ist ein Scheingefecht. Wir von den Grünen, wir haben Lösungen für die Strommangellage. Es ist ganz klar: Wir wollen nicht kalt duschen. Da hat jemand etwas missverstanden und darum wiederhole ich es auch nochmals gerne: Wir sollten kürzer duschen, das ist es. Sie müssen nicht unter kalte Wasser stehen. Das zweite: Wir Grüne verlangen nicht nur Suffizienz, wir verlangen auch Effizienz. Effizienz bedeutet, dass man die Standby-Geräte abschaltet über Nacht und alles wieder an eine Steckleiste hängt, und so weiter. Und dann schliesslich verlangen wir den nachhaltigen Ausbau der inländischen Energien, und das ist Solarstrom, wenn Sie es nicht verstanden haben, das sind Windstrom und Wasserkraft. Damit kommen wir weiter, auch langfristig, und auf diesem Weg fahren wir weiter.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt): Thomas Forrer, ich attestiere dir grundsätzlich in ökologischen Themen – oder attestierte dir bisher in ökologischen Themen – Sachkenntnis. Über offenbar etwas weniger Sachkenntnis verfügst du, wenn es darum geht, was wie zu Buche schlägt. Ich habe vor zweieinhalb Jahren eine Wärmepumpe bei mir im Haus verbauen lassen. Ich musste in der Zeit mit einem Stromaggregat oder quasi Direkterhitzer via Strom die Heizung während einem Monat überbrücken. Und ich habe die Energie, welche ich benötigt habe, gemessen. Und Thomas Forrer, ich habe in einem Monat etwa jene Energie verbraucht, welche ich mit der Wärmepumpe in einem ganzen Winter verbrauche. Also das schlägt zu Buche. Wenn du sagst «es schlägt nicht zu Buche», dann erzählst du hier einfach nicht die Wahrheit. Und noch bezüglich der Dringlichkeit: Wenn ich höre, dass die Energiestrategie noch gar nicht begonnen hat, aber man bei der alten Strategie bereits den Stecker zieht, dann haben wir ein dringliches Problem und einen dringlichen Diskussionsbedarf. Ich bitte Sie daher, die Dringlichkeit zu unterstützen. Besten Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Gemäss Paragraf 55 des Kantonsratsgesetzes braucht es für das Zustandekommen der Dringlichkeit 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die Dringlichkeit des Postulates KR-Nr. 292/2022 stimmen 70 Ratsmitglieder. Die Dringlicherklärung ist somit zustande gekommen. Der Regierungsrat hat zum dringlichen Postulat innert fünf Wochen begründet Stellung zu nehmen.

Das Geschäft ist erledigt.